

3. Für den Bereich „Schule“ sind insgesamt fünf Maßnahmen aufgeführt (Nr. 16-20). So sollen Materialien, Handlungsempfehlungen und Fortbildungen für Lehrkräfte entwickelt werden, welche die „Vielfalt geschlechtlicher Identitäten sowie Homo- und Bisexualität als Querschnittsthemen“ für den Unterricht aufbereiten. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) ist hier in der Verantwortung; es hat außerdem die Federführung des „AK Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“. Weitere zu entwickelnde Maßnahmen zur Beratung, Begleitung und Unterstützung

richten sich direkt an LSBTI*-Schüler_innen und deren Eltern. Hervorzuheben ist, dass die finanzielle Förderung des Schulaufklärungsprojekts „soorum“ (MHC) verstetigt wird.

Fazit: Die eingangs gestellte Frage lässt sich mit Einschränkungen bejahen: Hamburg macht sich fit für Vielfalt. Viele Ziele der LSBTI*-Bewegung finden sich im „Aktionsplan“ wieder. Aber: Häufig wird auf bereits Bestehendes verwiesen. Der „Aktionsplan“ bietet somit in erster Linie eine umfassende Bestandsaufnahme – die in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen ist – und die Themen ge-

schlechtliche und sexuelle Vielfalt werden nunmehr ordentlich verwaltet. Verwaltung ist noch nicht unbedingt Aktion. Anschübe aus der Bewegung werden weiterhin erforderlich sein.

*Die Seitenangaben im Artikel beziehen sich auf die Ausgabe des Aktionsplans unter folgendem Link: <http://www.hamburg.de/contentblob/8080476/1a25022ddb800a8d89fd5616b2b5a654/data/d-broschuere-aktionsplan-fuer-akzeptanz-geschlechtlicher-und-sexueller-vielfalt.pdf>

BARBARA SCHOLAND,
AfGG – Ausschuss für
Gleichstellungs- und Genderpolitik
„Que(e)rschnitt“

RENTE

Nachhilfe für Olaf

Was besonders progressiv daher kommen soll, fällt bei näherer Betrachtung ernüchternd aus

Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz forderte in einem Interview mit dem Spiegel, den Mindestlohn in „absehbarer“ Zeit von 8,84 € auf 12 € pro Stunde anzuheben. Dieser Vorschlag ist sehr löblich, führt er doch z. B. bei einer alleinstehenden Person zu einer deutlichen Verbesserung des monatlichen Nettoeinkommens von rund 1.122 € auf 1.427 €.

Als Hauptgrund für diese Forderung betont Olaf Scholz, dass niemand, der Vollzeit arbeite, im Alter auf öffentliche Hilfe angewiesen sein soll. Dieses Ziel wird bei den gegenwärtigen Bedingungen in der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch auch bei einem Mindestlohn von 12 € nicht erreicht.

Mit einem Stundenlohn von 12 € kommen Beschäftigte auf ein monatliches Bruttoeinkommen von 2080 €, im Jahr also auf 24.960 €. Dafür werden in der Rentenversicherung 0,6727 Ent-

geltpunkte pro Jahr angerechnet. Selbst bei 45 vollen Beitragsjahren kommt man bei dem derzeitigen „aktuellen Rentenwert“ von 31,03 € (West) auf eine Monatsrente von 939,32 € brutto. Hiervon werden die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (10,95 %) abgezogen, verbleiben also noch 836,47 €. Ab

Mit einem Stundenlohn von 12 € werden Beschäftigte nach 45 Jahren weiterhin auf – wenn auch geringere – öffentliche Hilfe angewiesen sein, wollen sie ihren Bedarf decken

dem Rentenjahrgang 2040 ist die Bruttorente voll steuerpflichtig, wegen verschiedener Freibeträge fallen zwar nur 15 € Steuern an, sie verringern dennoch die

Nettorente auf 821,47 €.

Bereits jetzt können alte Menschen in Hamburg Grundsicherung von monatlich rund 850 € beanspruchen (Bedarf). Mit einem Stundenlohn von 12 € werden Beschäftigte nach 45 Jahren weiterhin auf – wenn auch geringere – öffentliche Hilfe angewiesen sein, wollen sie ihren Bedarf decken. Und den Anspruch auf den Grundsicherungsbedarf haben alle Bürger_innen, unabhängig davon, ob sie Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben oder nicht. Dabei wird es nicht einfach sein, 45 volle Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung „anzusparen“. Den Besuch einer Fach- oder Hochschule, längere Krankheiten oder gar Zeiten der Arbeitslosigkeit kann sich niemand erlauben.

Falls Herr Scholz die Geringverdienenden vor Altersarmut schützen wollte, könnte er sich dafür einsetzen, dass der „aktuelle Rentenwert“ auf gesetzlichem Wege deutlich erhöht wird. Vor allem seine Partei, die SPD, hat in den letzten 20 Jahren dafür gesorgt, dass dieser Rentenwert reduziert worden ist.

GERHARD BRAUER